

## Weiter Streit um das Geld für den Straßenbau

### Hermann wehrt sich gegen Vorwürfe / 2014 drei neue Projekte.

STUTTGART (dpa/fs). Der Termin war eigentlich dazu gedacht, die Projekte für den Straßenbau in den kommenden Jahren vorzustellen, die das Land beim Bund zur Finanzierung beantragen will. Und ebenso, was das Land selbst zum Erhalt und Ausbau der Landesstraßen zu tun gedenkt. Doch dann drehte sich alles um das Geld von gestern, Geld, das Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) nicht ausgegeben hat.

Wie berichtet hat der Bund dem Land im abgelaufenen Jahr 830 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, davon wurden 815 Millionen Euro tatsächlich verbaut. Nicht ausgegebenes Geld geht an den Bund zurück und fließt in einen Topf, aus dem sich die Länder in einem Windhundverfahren Mittel abgreifen können. Baden-Württemberg hat zuletzt bis zu 80 Millionen Euro auf diesem Weg ins Land geholt, im vergangenen Jahr nichts. Der SPD-Verkehrsexperte Hans-Martin Haller nannte den Vorgang "peinlich und unschön". Das hätte Hermann nicht passieren dürfen. Für die CDU-Verkehrsexperten Nicole Razavi und Rudolf Köberle steht fest, dass Hermann seiner Aufgabe nicht gewachsen sei. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke und der FDP-Verkehrsexperte Jochen Haußmann kritisierten, für den Radverkehr gebe es immer Geld und Kapazität. "Der Straßenbau soll ausgetrocknet werden, weil er nicht ins grüne Weltbild passt."

Hermann wies die Vorwürfe am Freitag zurück, sein Ministerium habe das Geld leichtfertig beim Bund liegen lassen. Er kritisierte die Mittelvergabe in Berlin als nicht planbar und verwies auf die enge Personalsituation in der Landesbauverwaltung. "Man kann zum Jahresende nicht mal eben zweistellige Millionenbeträge verbauen", erklärte Hermann. Für neue Bauprojekte habe das Geld nicht verwendet werden können, da der Bund keine zusätzlichen Projekte freigegeben habe. Das Land hatte dem Bund seinen Angaben zufolge auch vorgeschlagen, wie zusätzliches Geld eingesetzt werden könnte – etwa zur vorzeitigen Tilgung von Raten kreditfinanzierter Altprojekte. Dies habe der Bund abgelehnt.

Hermann verwies auf die dünne Personaldecke in der Straßenbauverwaltung, für die er die Vorgängerregierungen verantwortlich machte. Nach Berechnungen der Ingenieurkammer Baden-Württemberg wären im vergangenen Jahr ungefähr 100 zusätzliche Mitarbeiter in den Regierungspräsidien und im Verkehrsministerium nötig gewesen, um das Investitionsvolumen abzuarbeiten.

Für 2014 will Baden-Württemberg übrigens drei Bundesfernstraßenprojekte zur Freigabe beim Bund anmelden: Die B 464 Ortsumfahrung Holzgerlingen, die B 31 Immenstadt-Friedrichshafen/Waggershausen und die B 463 Westtangente Pforzheim. "Je nach Mittelbereitstellung durch den Bund könnten auch Maßnahmen aus der Gruppe 2 vorgezogen werden, bei denen der Baubeginn erst für 2015 vorgesehen war." In dieser Kategorie mit fünf Bauprojekten stehen auch die Ortsumfahrung Winden der B 294 sowie der Ausbau der B 33 zwischen Allensbach und Konstanz. Über Baufreigaben entscheide aber letztendlich der Bund.

Vorrangiges Ziel in der Straßenbaupolitik sei die Sanierung des Straßennetzes. Dies sei

angesichts großer Schäden an Straßen und Brücken dringend erforderlich, zumal bei einigen Brücken Verkehrsbeschränkungen drohten. Bei den Landesstraßen wird es hingegen wegen der knappen finanziellen Landesmittel keine Spatenstiche geben.

Autor: dpa